

VERFEHLTE BAUPOLITIK

Wüsste man es nicht besser, so könnte man den Eindruck bekommen, als hätte die Stadt Freiburg das Motto „Verhindert das Bauen“ ausgerufen. Statt mit Hochdruck an die Realisierung neuer Bauflächen zu gehen, werden unendliche Personalressourcen für ein weiteres Strategiepapier „bezahlbares Wohnen“ verschwendet, welches in endlos langen Sitzungen diskutiert wird. So entsteht kein einziger Quadratmeter neuer Wohnraum.

Parallel hierzu wird die wirtschaftliche Selbständigkeit der Freiburger Stadtbau zerstört, um ebenfalls rein ideologisch begründete Forderungen durchzusetzen. Offensichtlich gilt es schon als verwerflich, wenn eine städtische Gesellschaft versucht kostendeckend zu arbeiten.

Auch eine Gesamtstrategie in Sachen aktive Liegenschaftspolitik gibt es nicht. Mal hier, mal da, ohne Plan und erkennbares Ziel werden vereinzelte Vorkaufsrechte ausgeübt, solange das Geld eben reicht, oder besser gesagt: Der Kreditrahmen noch nicht völlig aus dem Ruder gelaufen ist. Die Diskussionen und Entscheidungen erinnern eher an eine Neiddebatte und haben mit nachhaltiger Politik nichts zu tun.

Wenn zudem auch noch die gesamte Bauwirtschaft, aber auch die in Freiburg jahrelang erfolgreich arbeitenden Baugenossenschaften verprellt werden, wird man sich nicht wundern müssen, wenn sich der Mangel an Wohnungen in den nächsten Jahren noch massiv erhöht. Wohnraum-mangel bedeutet nun einmal zwangsläufig steigende Preise. Das ist Mathematik und kann auch durch Gemeinderatsbeschlüsse nicht geändert werden. Bekanntermaßen ist das Gegenteil von „gut gemacht“ eben „gut gemeint“.

Es bedarf einer radikalen Kehrtwende in Freiburg. Weg von Wunschdenken und alle Kraft in die Schaffung neuen Wohnraums. Das ist sozial und zeugt von Verantwortungsbewusstsein.



Baugebiet Sechzehn Jauchert, Foto: Christa Holk



Foto: K. Polkowski

Vereine und Ehrenamt stärken

Vom Verein der Kakteenfreunde über den Fußballverein bis hin zur klassischen Chorvereinigung: Freiburg hat eine bunte, vielseitige und für alle Altersgruppen geeignete Vereinslandschaft.

Und das ist auch gut so. Denn in Vereinen treffen Menschen aufeinander, die sich in der Schule, bei der Arbeit, oder in der unmittelbaren Nachbarschaft nicht begegnen würden.

Hier findet Integration tatsächlich statt. Ein gemeinsames Interesse zu haben, ist ein verbindendes Element, welches sich auch über Sprachbarrieren hinwegsetzen kann, einfach, weil Fußball in allen Ländern dieser Welt gespielt oder über den gesamten Erdball hinweg gesungen wird.

Aus diesem Grund müssen wir die Vereine sowie die zahlreichen damit verbundenen Ehrenämter fördern und unterstützen, da sie einen sehr großen Anteil an einer lebendigen und toleranten Stadt beitragen.

Kai Vesper, Stadtrat

FreieWähler
DIE BÜRGERLISTE FÜR FREIBURG

KLARTEXT

aus der Stadtratsfraktion der Freien Wähler Freiburg



Foto: Berthold Krieger

Dezember 2020

Freie Wähler Freiburg
Stadtratsfraktion

Rathausplatz 2-4
79098 Freiburg i. Br.

www.freie-waehler-fraktion-freiburg.de
fraktion@freie-waehler-freiburg.de

FREIBURG KANN MEHR

Vor mehr als eineinhalb Jahren wurde der Gemeinderat neu gewählt. Bunt und vielfältig ist er seither, jedoch darf bezweifelt werden, ob mit 13 unterschiedlichen Parteien und Gruppierungen noch effektive Entscheidungen getroffen werden können, die das Gesamtwohl unserer Gesellschaft im Mittelpunkt stehen lässt. Zu viele Einzelinteressen formen noch lange keine gute Politik für Freiburg.

Es geht eben nicht nur um Inklusion, Gendergerechtigkeit, das Clubleben oder die Kultur. Alles gehört berücksichtigt, aber im Gesamtzusammenhang der Anforderungen unserer Stadt.

Bei Gemeinderatsentscheidungen geht es zudem hin und her, ohne dass ein klares Konzept erkennbar ist: Geförderter Wohnungsbau gegen Wohnungseigentum, statt einer Gesamtstrategie. Private Bauunternehmer gegen Baukollektive, wobei die Baugenossenschaften völlig vergessen werden. Ein weiteres „Handlungsprogramm Wohnen“ für die Schublade, statt mit aller Kraft endlich als Bauland zur Verfügung zu stellen. Radfahrer gegen Autofahrer, statt einem guten Miteinander.

Jüngstes Beispiel der absurde Alleingang des Oberbürgermeisters „Tempo 30 flächendeckend für ganz Freiburg“. Auch hier ist ein „Gesamtkonzept Verkehr für Freiburg“, wie von uns längst gefordert, nicht erkennbar. Es geht offensichtlich einmal mehr nur um die schnelle Schlagzeile in den Medien, statt um eine gründliche Diskussion mit den Bürgern und dem Gemeinderat. Wir hätten uns hierzu eine inhaltliche Debatte gewünscht.

Die Fraktion der FREIEN WÄHLER FREIBURG ist auch beim Thema „Kommunale Finanzen“ stets argumentationsstark dafür eingetreten, sowohl die Verschuldung der Stadt als auch die Investitionen und Ausgaben deutlich zu begrenzen, um die Handlungsmöglichkeiten für die Zukunft nicht zu verspielen. Genau das Gegenteil ist aber nun eingetreten. Die Corona-Pandemie dient jetzt als willkommene Ausrede, um eigene Versäumnisse zu verdecken.

Wie immer werden also zukünftige Generationen die berühmte Suppe auslöffeln müssen. Kurzfristig müssen jetzt sogar die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt, vor allem aber auch die vielen Ehrenamtlichen die ihnen zustehenden Tarifierhöhungen durch Kürzungen bei den Personalausgaben „selbst einsparen“. Eins ist sicher: Ohne uns!



Foto: K. Polkowski

Blaues Auge?

Trotz Corona-Pandemie ist Freiburg, zumindest bei den Finanzen „mit einem blauen Auge“ davongekommen. So jedenfalls der allgemeine Tenor.

Wer etwas genauer hinschaut, kommt jedoch nicht umhin festzustellen, dass sich die Verschuldung der Gesamtstadt und ihrer Gesellschaften von Ende 2016 bis Ende 2022 von 967 Millionen Euro auf insgesamt 1,4 Milliarden erhöhen wird.

Zudem werden die finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie zu 95 % erst in den Jahren ab 2021 zu spüren sein.

Prof. Dr. Johannes Gröger, Fraktionsvorsitzender



Foto: Christa Holk

ERBBAU NUR NOCH FÜR DIE REICHEN LEUTE

Erbbau war in der Vergangenheit eine gute Sache. Menschen mit kleinerem oder mittlerem Einkommen konnten sich Eigentum, eine Familien- und Alterssicherung schaffen, wenn sie gewillt waren, sich nach der Decke zu strecken. Die neuen Erbpachtregeln sind davon jedoch weit entfernt. Für die Freien Wähler sind sie daher inakzeptabel, da sie unsozial, nein unanständig sind! Wenige Zahlen: Bei einem Grundstück von 300 m² sind aktuell zwischen 600 € und 800 € monatliche Erbpacht fällig. Durch den Beschluss von 2018 wurden die Hausbesitzer kalt enteignet, weil die Erbpachten bei einem Verkauf ins Uferlose gestiegen und somit die Häuser, und inzwischen auch viele Wohnungen, nicht mehr verkäuflich sind. Die Spitzen der neuen Erbpachten – nicht ganz wenige – liegen zwischen 2.500 € und 4.500 € monatlich.

Die vielgepriesenen Kinderabschläge helfen nicht viel, sind sie bekanntermaßen nur auf einen kurzen Zeitraum beschränkt. Der folgende neue Familienbonus beträgt nach Wegfall der Kinderboni noch 2,75%, das sind bei dem kleinen 300m²-Grundstück immer noch über 600 €. Dazu kommen die Finanzierung des Hauses und die regelmäßigen Anpassungen der Erbpachtzinsen. Erbpacht ist somit künftig nur noch etwas für die Besserverdienenden.

So stehen heute viele Häuser – auch Gewerbeimmobilien – leer, sie verfallen zum Teil, was bei der vorherrschenden Wohnungsknappheit besonders unverständlich ist. Nachhaltige Grundstückspolitik sieht anders aus.



Leerstehendes Haus, Foto: Christa Holk

Auch die Freien Wähler treten gegen private Bodenspekulation an, diese muss und kann sinnvoll verhindert werden.

Was hier aber passiert ist das Gegenteil, die Stadt ist der neue Spekulant. Die Verwaltung und die Mehrheit im Gemeinderat verkennen die Marktmechanismen, wenn die Erbpacht teurer ist als der Kauf.



Foto: Christa Holk

Ortschaftsräte ernst nehmen

Ortschaftsrät_innen sind engagierte Bürger, die sachkundig sind, die Belange ihrer Ortschaften meist besser kennen als die Gemeinderäte und diese daher schon auch einmal gegen die Mehrheitsmeinung im Gemeinderat vertreten. In jüngster Zeit kommt es jedoch immer wieder vor, dass der Gemeinderat das Votum der Ortschaftsräte übergeht. Zuletzt in Tiengen.

Es darf nicht vergessen werden, dass die Ortschaften mit ihrer Zustimmung zur Eingemeindung sehr viel in die Stadt eingebracht haben: Gewerbegebiete, die ein hohes Steueraufkommen garantieren, Erweiterungsmöglichkeiten für den Wohnungsbau, Naherholungsgebiete, die gerade am Rand der Stadt von großer Bedeutung sind etc. Schon alleine deshalb kann es nicht angehen, dass Entscheidungen eines Ortschaftsrates einfach ignoriert werden.

Gerlinde Schrempf, Stadträtin